

Thema: Friedenspolitik

Städte und Gemeinden für Frieden und globale Gerechtigkeit

Internationale Politik ist Bundesaufgabe. Trotzdem fragen sich viele Menschen, was sie in ihrer Stadt oder Gemeinde tun können, um sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen. Und da gibt es eine ganze Menge mehr als man so denkt.

Die Linke widersetzt sich auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene der umfassenden Militarisierung der Gesellschaft und setzt sich für eine friedensfähige Gesellschaft ein. Wir wehren uns nicht nur gegen die Aufstockung der Militärausgaben und die damit einhergehende Kürzung von Sozialausgaben, sondern gegen die Mobilmachung der Bevölkerung für den Krieg: Wiedereinführung der Wehrpflicht, Veränderung des Lehrplans in Schulen, um Kinder auf den Krieg einzustimmen, die Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten – all das soll der Kriegstauglichkeit der Gesellschaft dienen. Sogar Krankenhäuser sollen nun für den Kriegsfall „ertüchtigt“ werden, dabei steht schon die Versorgung der Bevölkerung im Normalfall in Frage.

Wir Linken setzen uns in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass die Städte, Kreise und Gemeinden das Friedensengagement ihrer Bewohner:innen aktiv unterstützen. Das geht zum Beispiel so:

- Wir fordern ein, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sich zur atomwaffenfreien Zone erklären und den Städteappell der Internationalen Kampagne zum Atomwaffenverbot (ICAN) unterschreiben.
- Wir engagieren uns gegen die Anlage städtischer Gelder in Finanzprodukten, die im Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie, der Atomindustrie und den fossilen Energiekonzernen stehen.
- Wir engagieren uns gegen Standorterweiterungen von Rüstungskonzernen und Militärstandorten und setzen uns für die Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ein (Rüstungskonversion).
- Wir streiten gegen die Militarisierung von Verwaltung, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen und gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel für Bunkerbau. Der Katastrophenschutz muss ausgebaut werden und zivil bleiben. Zivil-militärische Übungen lehnen wir ab.
- Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung in Bildungseinrichtungen und bei Jobmessen für Schüler:innen und setzen uns für Erziehung zum Frieden und für gewaltfreie Konfliktaustragung ein. Wir informieren Jugendliche und Eltern über ihr Recht, die Weitergabe von Meldeamtsdaten an die Bundeswehr zu untersagen.
- Wir fördern Projekte von Bildungs- und Kultureinrichtungen, in denen sich mit den Ursachen und Folgen von Krieg, Aufrüstung und gesellschaftlicher Militarisierung beschäftigt wird.
- Wir hören den Menschen zu, die aus Kriegsgebieten in unsere Kommune geflüchtet sind und beziehen sie als wichtige Augenzeug:innen in die kommunale Friedensarbeit ein. Mit migrantischen Selbstorganisationen arbeiten wir in Solidaritätsprojekten für politisch Verfolgte und/oder Kriegs- und Bürgerkriegsopfer zusammen.
- Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau von psychosozialen Zentren für Kriegs- und Folteropfer und setzen uns dafür ein, dass auch Bund und Land hier wieder mehr finanzieren.

- 45 - Wir schützen verfolgte Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die in unsere Kommune
46 geflohen sind, vor der Abschiebung in ihr Herkunftsland, egal ob sie aus Russland,
47 Belarus, der Ukraine, dem Sudan, Syrien oder Eritrea kommen.
- 48 - Wir pflegen internationale Beziehungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und
49 werben auch in diesem Rahmen für Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung des Friedens,
50 Abrüstung und globale Gerechtigkeit.
- 51 - Wir treten dafür ein, dass Waren aus fairem Handel in städtischen Einrichtungen wie
52 Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken oder bei Volksfesten einen festen Platz auf den
53 Einkaufslisten erhalten. Wir unterstützen nicht kommerzielle Fair-Trade-Läden.
- 54 - In Hochschulstädten kämpfen wir gemeinsam mit den Studierenden und Beschäftigten
55 für starke Zivilklauseln, die Forschung und Lehre zugunsten von Aufrüstung und
56 Kriegsvorbereitung ausschließen.
- 57 - Wir dulden keine Gewaltverherrlichung und keine Relativierung von Kriegsverbrechen
58 oder Verletzungen von Völker- und Menschenrecht. Unsere Haltung zu den
59 Menschenrechten ist eindeutig: Wir stehen immer an der Seite derjenigen, denen
60 Menschenrechte vorenthalten werden.